

Wirtschaft



Die Neuen Investoren meiden die grossen Schwellenländer. Das ist eine Chance für Afrika und Osteuropa 33

«Eine Bank darf nur so gross sein, dass sie im Ernstfall sterben kann»

SVP-Strategie Christoph Blocher sieht die Wirtschaft noch immer in Geiselschaft der Banken, sollte ein grosses Finanzinstitut gefährdet sein. Er will mit «vernünftigen Leuten» der SP über eine Lösung reden.

Mit Christoph Blocher sprach Andreas Valda

Können die Grossbanken in Konkurs gehen, ohne dass sie der Staat retten müsste?

Nein, das können sie nach wie vor nicht. Sie sind nach wie vor «too big to fail» (zu gross, um fallen gelassen zu werden). Der Nationalbank, der Finanzmarktaufsicht (Finma) und dem Bundesrat schwebt im Falle des Falles ein sogenannter geordneter Konkurs vor. Das ist ein Schattengewächs. Sollte eine systemrelevante Bank in Schwierigkeiten kommen, würde sie nach wie vor - ob mit geordnetem oder ungeordnetem Konkurs - die Volkswirtschaft mitreissen, und der Staat wäre nach wie vor gezwungen, diese zu retten.

Das Bankenregulierungsgremium FSB stellt jüngst der Schweiz gute Noten aus. Sie habe ihre Hausaufgaben gemacht.

Die internationalen Hausaufgaben bestehen in erster Linie im Auftrag, die Eigenmittel zu erhöhen. Das ist gut, denn es macht die Banken etwas sicherer, aber «too big to fail» wird nicht gelöst. Die Schweiz hat zudem eine Regelung erlassen, dass bei drohendem Konkurs die Guthaben von über 100 000 Franken in die Sanierung miteinbezogen werden können. Das ist fatal! Es löst das Problem nicht, sondern verschärft es, denn wenn ruckartig wird, dass eine Bank in Schwierigkeiten geraten könnte, werden die Kunden ihre Guthaben von über 100 000 Franken sofort abziehen, was die Zahlungsunfähigkeit einer systemrelevanten Bank noch erhöht. Bereits heute ziehen Unternehmer Guthaben ab und legen es als Noten in Tresore. Sie trauen der Sache nicht mehr.

Wie reagieren die Banken darauf?

Besonders kleinere Banken, die normalerweise Anlagen bei Grossbanken tätigen, legen diese heute aus Sicherheitsgründen bei der Nationalbank an. Das ist doch absurd: Die Nationalbank bestimmt Geldmenge und Zinssatz, zu welchem Banken bei ihr Geld leihen können. Zurzeit will sie damit die Wirtschaft stützen - Geld wird gedruckt. Es ist Geld, das billig zu den Banken fliesst. Von dort als Kredite zum Beispiel in die Wirtschaft, überflüssige Mittel wieder zu den Banken, und diese parkieren die Sparguthaben wieder bei der Nationalbank, weil grosse Banken unsicher sind! Da beisst sich doch die Katze in den Schwanz.

Was soll das Parlament beschliessen?

Drei Punkte: Erstens müssten die ausländischen Tochtergesellschaften und Niederlassungen einer systemrelevanten Bank selbstständig und dem Bankengesetz der einzelnen Länder unterstellt werden. Das solide Vermögensverwaltungsgeschäft und das Kreditgeschäft in der Schweiz würden dann vom sehr risikoreichen Investmentbanking in den USA abgetrennt. So müsste auch die ausländische Tochtergesellschaft genügend Eigenkapital halten.

Zweitens?

Einer schweizerischen systemrelevanten Bank müsste man verbieten, wie bisher billige Kredite an die Auslandstochter auszuleihen. Das taten die Banken bisher. In der Schweiz ist Geld billig zu haben. Risikoreiche Auslandsgeschäfte werden bis heute dank billigen, im Inland verfügbaren Mitteln künstlich aufgeblasen und führen zu einem latenten, grossen Risiko für einen Crash im Ausland. So wird die Schweiz mitgerissen und haftet letztlich für dieses Auslandsgeschäft. Das darf nicht sein.

Und drittens?

Die Banken sind zu gross. Also müssen sie kleiner werden. Der Marktanteil ist so gross, dass im Konkursfall alle mitgerissen werden. Eigentlich sollte man den



SVP-Nationalrat Christoph Blocher: «Manager von systemrelevanten Banken kennen kein Zittern.» Foto: Marc Welli (13 Photo)

Marktanteil beschränken, damit im Konkursfall kein Landesunglück passiert. Wie man das macht, und wie gross dieser Anteil sein soll, wäre zu erarbeiten. Doch es macht niemand etwas in dieser Richtung.

«Bereits heute ziehen Unternehmer Guthaben ab und legen es als Noten in Tresore. Sie trauen der Sache nicht mehr.»

Wie gross darf eine Bank sein?

Eine Bank darf nur so gross werden, dass sie im Ernstfall sterben kann, ohne dass alle andern auch untergehen! Das gilt für alle Firmen: Jede Firma muss im schlechtesten Fall sterben. Eine Triebfeder jedes Unternehmers ist auch, dass er Angst hat, dass seine Firma untergeht. Er muss dann zittern und handeln, wenn die Geschäfte nicht gut laufen. Das ist der permanente Anstoss, um die Firma gut zu führen. Manager von systemrelevanten Banken kennen kein Zittern.

Dies zeigten beispielsweise die Telefonprotokolle von Top-Bankern

Systemrelevante Banken

Was das Parlament bis jetzt beschlossen hat

Die Schockwellen, die von der Finanzkrise und der UBS-Rettung ausgingen, führten zur Forderung nach einer Zerschlagung der Grossbanken. Sie wurde nach Einsetzung einer Expertengruppe im November 2009 und Publikation der Ergebnisse im April 2010 von den Mitteparteien ins Abseits getrieben.

Einen Monat später versprach der Bundesrat in einem «verbindlichen Plan», die Risiken für die Volkswirtschaft «rasch und wirksam einzuschränken, die von grossen, systemrelevanten Banken ausgehen». Sein Vorschlag beschränkte sich auf eine kleine Revision des Bankengesetzes in Koordination mit internationalen Gremien. Sie wurde in Teilvorlagen durchs Parlament gebracht, die letzte im Dezember. Seit Januar sind

in Irland: Sie hatten null Skrupel. Sie erpressten den Staat.

Sie wissen eben: Wenn es bachab geht, dann werden sie gerettet. Zu ergänzen wäre: Hätten wir keine systemrelevanten Banken mehr, müsste auch die Gründung vieler kleinerer Banken vereinfacht werden, und die heutige überbordende Regulierung könnte abgebaut werden. Diese schützt die Grossen, weil nur noch diese sich den hohen regulatorischen Aufwand und den damit verbundenen immensen Kontrollapparat leisten können.

Das alles steht in keinem der Gesetze und Verordnungen, die das Parlament unter dem Titel «too big to fail» bisher verabschiedet hat.

Eben nicht. Die Bankentrennung und das «Kleinermachen» hat man damals versäumt. Man hat sich lediglich auf die notwendige Eigenkapitalerhöhung beschränkt. Als SVP haben wir schon 2009 - anfänglich mit der SP - eine Aufspaltung der systemrelevanten Banken gefordert. Die SP ist dann leider ausgestiegen. Aber das Thema ist nicht vom Tisch. Im Hintergrund sprechen wir mit vernünftigen Exponenten der SP, die das Problem sehen. Schliesslich haben sie seinerzeit zusammen mit Vater Nicolas Hayek und mir sowie mit SP-Präsident Levrat eine gemeinsame Initiative in

Aussicht gestellt. Sie ist leider bisher im Parlament gescheitert.

Die SP stellte im Juni den Text der «Bankensicherheitsinitiative» vor. Stehen Sie dahinter?

Einzelne Vorschriften darin sind interessant, so etwa die der Trennung der Vermögensverwaltung vom Investmentbanking. Auch soll der Staat keine Garantien mehr gewähren und keine Rettung verfügen können. Andere Vorschriften sind zwar achtenswert, aber unvollständig, andere wohl unerfüllbar, so etwa die einer minimalen ungewichteten Eigenkapitalquote von 20 Prozent der Bilanzsumme. Aber wir diskutieren mit einzelnen Exponenten.

Ihr Plan?

Mit vernünftigen und nicht kontaktscheuen Leuten der SP zusammensitzen und eine Initiative aufs Tapet bringen, die die Ideen der SVP und die der SP-Initiative vereint. Das Ziel ist ja das Gleiche: Ein guter Finanz- und Werkplatz ohne «Too big to fail»-Risiko und ohne wettbewerbsfeindliche Regulierung. Ob es gelingt, gemeinsam etwas zu machen, wird man sehen. Berührungspunkte habe ich keine. Dabei muss dann aber auch in beiden Parteien - auch in meiner - eine Mehrheit zu gewinnen sein. Ich bin für die SVP zuversichtlich.

NSA kann Daten von Handynutzern ausspähen

Der US-Geheimdienst NSA hat nach einem «Spiegel»-Bericht Zugang zu Nutzerdaten von Smartphones führen der Hersteller. Betroffen seien Apples iPhone, Blackberry-Geräte und Googles Betriebssystem Android, berichtete das Magazin unter Berufung auf Unterlagen des US-Geheimdienstes.

Der NSA sei es möglich, nahezu alle sensiblen Informationen eines Smartphones auszulesen, etwa Kontaktlisten, den SMS-Verkehr, Notizen und Aufenthaltsorte seines Besitzers. Weiter berichtet der «Spiegel», den Unterlagen zufolge habe die NSA für jeden grösseren Hersteller von Handybetriebssystemen eine eigene Arbeitsgruppe eingerichtet, deren Ziel es sei, heimliche Zugänge zu Smartphones zu ermöglichen.

Der Geheimdienst soll auch das besonders gesicherte Blackberry-Mail-System geknackt haben. Der «Spiegel» schreibt, die eingesehenen Materialien legten den Schluss nahe, dass die betroffenen Unternehmen nichts von den Ausspähungen wussten. (Reuters)

Nachrichten

Aussenhandel

Chinas Exporte steigen wieder stark an

Die Ausfuhren stiegen gemäss chinesischer Zollverwaltung im August im Jahresvergleich um 7,2 Prozent. Experten hatten mit 6 Prozent gerechnet. China lieferte vor allem mehr Elektronikartikel, Textilwaren und Maschinen ins Ausland. Insbesondere der Handel mit südostasiatischen Staaten boomte. Die Ausfuhren in die USA legten um 6,1 Prozent zu, jene in Länder der EU dagegen nur um 2,5 Prozent. Die Exporte nach Japan gingen dagegen den siebten Monat in Folge zurück. Die Importe nach China fielen mit einem Plus von 7 Prozent deutlich schwächer aus als vorhergesagt. (Reuters)

Telecom

EU will Roaming-Gebühren abschaffen

Die EU-Kommissarin für Digitaltechnik, Neelie Kroes, will, dass die Mobilfunkanbieter ihre Roaming-Gebühren bis 2016 schrittweise aufheben, wie der «Focus» berichtete. Das Magazin beruft sich auf einen Verordnungsentwurf, wonach die Anbieter künftig Geschäftsallianzen mit Anbietern in anderen EU-Staaten eingehen sollen, statt teure Gebühren zu erheben. Die noch existierenden Roaming-Gebühren müssten zudem bis 2014 erneuert sinken. Für eingehende Gespräche dürften sie gar nicht mehr erhoben werden. Im Entwurf ist von einem «freiwilligen Mechanismus» zur Beendigung des Roamings die Rede. (TA)

Detailhandel

Migros möchte Markenartikel direkt im Ausland einkaufen

Die Migros will Markenartikel im billigeren Ausland einkaufen können statt über die offiziellen Importeure. Migros-Chef Herbert Bolliger fordert Unterstützung von der Politik. «Eine Änderung im Kartellgesetz wäre (...) ein positives Signal der Politik im Interesse der Konsumenten», sagte Bolliger in der «NZZ am Sonntag». Er sei jedoch skeptisch, ob die Beschaffungsbarrieren bald aufgehoben würden: Der Verband der Markenartikel-Lieferanten «hätte wohl keine Freude an einer Öffnung der exklusiven nationalen Vertriebsrechte.» (TA)

Italien

Keine weitere Staatshilfe für Banken

In Italien sollen die Staatshilfen für die Krisenbank Monte Paschi eine Ausnahme bleiben. Wirtschaftsminister Fabrizio Saccomanni machte deutlich, dass die Regierung anderen Geldhäusern nicht unter die Arme greifen wolle. Er legte ihnen vielmehr nahe, sich mit Konkurrenten zusammenzuschliessen. Die Banken haben einen Berg fauler Kredite in den Büchern. (Reuters)